

Immer mehr Länder erwägen AIIB-Beitritt

Nach der Ankündigung Deutschlands, Frankreichs und Italiens der von China angeführten Asian Infrastructure Investment Bank beizutreten, erwägen auch Australien und Japan eine Mitgliedschaft. In den USA sieht man diese Entwicklung mit Sorge.



Quelle: knowledge.allianz.com

Asien gehört ökonomisch schon seit Jahrzehnten zu den am schnellsten wachsenden Regionen der Erde. Allein das Bruttoinlandsprodukt Chinas hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verfünffacht. Ein solch rasantes Wachstum wäre ohne den Ausbau der Infrastruktur nicht möglich gewesen. Mit massiven Investitionsprogrammen hat Chinas Regierung zuletzt immer wieder den Bau von Flughäfen, Hochgeschwindigkeitstrassen und anderen Großprojekten unterstützt. Doch nur wenige Länder verfügen über genügend finanzielle Mittel, um derartige Projekte zu realisieren. Vor allem in den ärmeren Ländern Südost- und Zentralasiens bleibt die unzureichende Infrastruktur ein entscheidendes Wachstumshemmnis. Allein bis 2020 wird der Mangel an Investitionen in die Infrastruktur auf etwa acht Billionen Dollar geschätzt.

Um diese Lücke zu schließen, kündigte China gemeinsam mit 20 weiteren asiatischen Ländern die Gründung einer Investitionsbank, der sog. Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) an. Offiziell begrüßten die Weltbank und die von Japan und den USA angeführte Asian Development Bank (ADB) diesen Schritt und betonten, dass es zukünftig genügend Raum für Kooperation gebe. Hinter den Kulissen begann jedoch ein diplomatisches Ringen zwischen China und den USA. Zwar sollen in der AIIB vor allem regionale Akteure vertreten sein, China strebt jedoch auch den Beitritt finanzstarker Länder aus dem Westen an.

Unter dem Vorwand, dass die neue Investitionsbank gegen internationale Standards verstoße, versuchte Washington in den vergangenen Monaten, seine Partner von einem möglichen Beitritt abzubringen. In Washington sieht man die Gründung der Investitionsbank vor allem als Versuch Chinas, den eigenen Einfluss im globalen Finanzsystem auf Kosten des Westens und Japans auszuweiten. Umso mehr dürfte die USA der jüngst bekannt gewordene Beitritt von großen europäischer Volkswirtschaften verärgert haben.

Wochenüberblick

Mo, 23.03.2015

Im Libor-Skandal steht die Deutsche Bank erneut im Visier der US-Behörden. Es wird schon seit Langem vermutet, dass das Geldhaus den internationalen Referenzzinssatz Libor manipuliert und sich so zusätzliche Gewinne verschafft haben könnte. Außerdem wird die Deutsche Bank beschuldigt, gegen die Iran-Sanktionen verstoßen zu haben. Im Gegensatz zu vielen amerikanischen Geldhäusern, die bereits hohe Strafen entrichten mussten, hat sich die Deutsche Bank noch nicht mit den amerikanischen Behörden geeinigt. Ein Aufpasser in der New Yorker Niederlassung soll nun zunächst die Handelspraktiken der Deutschen Bank überwachen. Angesichts der niedrigen Zinsen erwog der Vorstand außerdem kürzlich die Abspaltung des Privatkundengeschäfts von den anderen Geschäftsbereichen. Eine Entscheidung über diesen Schritt steht jedoch noch aus.

Mo, 23.03.2015

Um den Abwärtstrend der Automobilindustrie zu stoppen, kündigte der russische Industrieminister vergangenen Montag an, zukünftig finanzielle Anreize für den Kauf neuer Autos zu setzen. Insgesamt plant die Regierung Investitionen von 390 Millionen Euro, die vor allem dazu genutzt werden sollen, Autokredite zu vergünstigen. Ohne solche Maßnahmen werde der Markt um bis zu 50% einbrechen, so der Minister. Auch deutsche Hersteller sehen sich mit starken Absatzeinbußen konfrontiert. So musste beispielsweise VW kürzlich ein Minus von bis zu 40% hinnehmen.

Di, 24.03.2015

Der griechische Regierungssprecher Gabriel Sakellariadis hat am Dienstag angekündigt, dass die Reformvorschläge der griechischen Regierung spätestens am Montag vorliegen würden. Die Liste an Reformen gilt als Voraussetzung dafür, dass Griechenland finanzielle Mittel zur Überwindung seiner Liquiditätsprobleme bekommt. Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem ließ am Montag bereits eine kurzfristige Auszahlung in Höhe von 1,2 Milliarden Euro prüfen. Bei seinem Treffen mit der deutschen (-> Fortsetzung auf Seite 2)

Zunächst kündigte Großbritannien an, sich der AIIB anzuschließen. In der vergangenen Woche folgten Italien, Frankreich und Deutschland. In einer knappen Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hieß es, die neue Investitionsbank werde "die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region befördern und zum Wachstum der Weltwirtschaft beitragen". Man werde gemeinsam mit den anderen Partner den Aufbau einer Institution vorantreiben, "die den besten Standards und Praktiken in den Bereichen Governance, Absicherungen sowie Schulden- und Beschaffungspolitik folg[e]". Nach dieser Ankündigung scheint auch in Süd-Korea und Australien, zwei engen Partnern der USA, ein Umdenken einzusetzen. Beide hatten zunächst einen AIIB-Beitritt ausgeschlossen. In der vergangenen Woche ruderte die australische Regierung allerdings zurück und ließ verlauten, dass man diese Entscheidung erneut prüfen werde. Ähnlich äußerten sich die zuständigen Behörden in Süd-Korea. Japan, dessen Finanzminister am Dienstag erneut betonte, dass er einen Beitritt seines Landes zur AIIB kritisch sehe, und die USA sind angesichts dieser Entwicklung international zunehmend isoliert.

Kritiker sehen vor allem den starken Fokus der Investitionsbank auf Infrastrukturprojekte als entscheidenden Schwachpunkt. Eine zu starke Ausrichtung auf die Infrastruktur könnte, so deren Befürchtung, zu einer Vernachlässigung des Umweltschutzes und der Rechte von Arbeitern führen. Auch ein Mangel an Transparenz wurde von den Gegnern der Bank immer wieder moniert. China hingegen hat wiederholt betont, dass man sich zukünftig ausnahmslos an den strengen Kriterien der Weltbank orientieren werde. Der Beitritt der großen europäischen Investoren könnte ein entscheidender Schritt in diese Richtung sein, denn es wird erwartet, dass die westlichen Regierungen auf die Einhaltung dieser hohen Standards drängen werden.

Die nur sehr schleppend voranschreitende Reform des bestehenden Finanzsystems dürfte ein wichtiger Auslöser für die Gründung der Bank gewesen sein. So verhindert der US-Kongress schon seit Langem eine Reform der Weltbank und Japan, dessen Wirtschaft inzwischen deutlich kleiner ist als die Chinas, dominiert nach wie vor die ADB. Es ist daher wenig überraschend, dass China die Reform des internationalen Finanzsystems mit der Gründung einer neuen Investitionsbank zu beschleunigen versucht. Zwar wird der Westen im reformierten Finanzsystem weniger Mitsprache haben als bisher, viele europäische Länder könnten dennoch von der Neugründung profitieren. In Deutschland erhofft man sich von der Mitgliedschaft Aufträge für Infrastrukturprojekte in Milliardenhöhe.



Abb.: Jin Lique, Generalsekretär des Interimsekretariats der AIIB

Di, 24.03.2015 (-> Fortsetzung Seite 1)

Regierung setzte Griechenlands Regierungschef Tsipras auf die Verständigung mit seinen deutschen Amtskollegen, nachdem es in den letzten Wochen mehrfach zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten gekommen war. Auch Wirtschaftsminister Gabriel betonte, dass eine Normalisierung des Verhältnisses beider Länder zu beobachten sei. Er habe mit Tsipras die notwendigen Maßnahmen besprochen, um Griechenland wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

Mi, 25.03.2015

Internationale Krisen scheinen den Optimismus deutscher Unternehmer immer weniger zu beeinflussen. Dies bestätigen die neuen Werte des Ifo-Geschäftsklimaindexes, der im März erneut deutlich gestiegen ist (+1,1 Zähler). Seit Oktober befindet sich der Index im Aufwärtstrend, was die Experten des Münchner Ifo-Instituts u. a. auf den niedrigen Ölpreis zurückführen. Bereits im letzten Quartal 2014 war Deutschlands Wirtschaft überraschend stark um 0,7% gewachsen. Das erste Quartal 2015 könnte ähnlich positiv ausfallen.

Do, 26.03.2015

Der bewaffnete Konflikt im Jemen hat zu einem leichten Anstieg des Ölpreises geführt. Das Nordseeöl der Sorte Brent verteuerte sich um 1,81\$ je Barrel. Die Sorge um eine weitere Eskalation des Konfliktes, hat auch die Märkte am Donnerstag spürbar belastet. In Tokio gab der Nikkei-Index um 1,39% nach. Neben dem Konflikt in der Golfregion sorgten sich die Anleger außerdem um die schwachen US-Konjunkturdaten.

Do, 26.03.2015

Spaniens Wirtschaft befindet sich weiter im Aufwärtstrend. Wie die spanische Notenbank am Donnerstag bekanntgab, ist das BIP zwischen Januar und März um 0,8% gewachsen. Für dieses und das kommende Jahr werden Spanien Wachstumsraten von 2,7% bzw. 2,8% prognostiziert.